

MMR 07/2004, S. 481:

Anmerkung

Die sowohl i.E. als auch in der Begründung begrüßenswerte Entscheidung des KG schafft gemeinsam mit dem bereits zuvor ergangenen Urteil des OLG Düsseldorf (MMR 2004, 409 mit zust. Anm. Erdemir = JMS-Report 2/2004, S. 9 ff. mit zust. Anm. Neumann) einige Rechtsklarheit hinsichtlich der Anforderungen an Altersverifikationssysteme i.S.d. § 4 Abs. 2 Satz 2 JMStV zum Schutz von Erwachsenenangeboten (insb. pornografischen Angeboten) vor dem Zugriff durch Minderjahre. Dabei folgt das Gericht der ganz überwiegend in unterinstanzlichen Gerichtsurteilen und im Schrifttum vertretenen Rechtsauffassung, dass auf die Überprüfung der Personalausweisziffer gestützte Alterskontrollsysteme keine hinreichende Sicherstellung eines ausschließlichen Erwachsenenzugangs bewirken können (vgl. AG Neuss MMR 2002, 837 m. Anm. Gercke; LG Mainz JMS-Report 6/2000, S. 60; vgl. auch LG Düsseldorf CR 2003, 452 f. mit Anm. Gercke/Liesching; Döring/Günter, MMR 2004, 231 ff.; Sieber, Gutachten zu den Anforderungen an Altersverifikationssysteme, Nov. 2003; Scholz/Liesching, Jugendschutz, § 4 JMStV Rdnr. 41). Die isoliert gebliebene Gegenauffassung (vgl. Berger, MMR 2003, 773 ff.; dagegen überzeugend Döring/Günter, MMR 2004, 231, 232 ff.; Erdemir, MMR 2/2004, V ff.) bezeichnet das KG im Zusammenhang mit der Frage der Vermeidbarkeit eines Verbotsirrtums des Anbieters in bemerkenswert klarer Weise als „Anpreisungen“, welche „erkennbar

MMR 07/2004, S. 482:

ausschließlich wirtschaftlichen Interessen dienen und eine Feigenblattfunktion erfüllten“.

Überzeugend entlarvt das Gericht die wesentlichen der von den Anbietern derartiger unzulänglicher Systeme vorgebrachten Argumentationsstrange und vermeintliche „Sicherheitserhohungen“ durch weitere, die Personalausweiszifferkontrolle flankierende Schutzmaßnahmen. Zunächst kann namentlich ein Alterskontrollsystem nicht schon deshalb als „sicher“ gelten, weil Umgehungen seitens der Nutzer nur durch die Übertretung gesetzlicher Verbote möglich sind. Ungeachtet des Umstands, dass personalausweisziffergestutzte Verifikationssysteme gerade ohne Rechtsubertretungen umgangen werden können (so das Gericht mit überzeugender Begründung), ist ohne weiteres einsichtig, dass etwa auch eine Endlagerungsstatte für Atommüll nicht lediglich mit einem Gartenzaun unter dem lapidaren Hinweis umgrenzt werden kann, dass ungenehmigtes Übersteigen des Zauns einen Hausfriedensbruch darstelle. I.Ü. ist vorliegend zu beachten, dass die durch § 4 Abs. 2 Satz 2 JMStV geschützten Minderjahren ohnehin im Alter unter 14 Jahren strafunmundig sind (vgl. § 19 StGB).

Der vermeintlichen Schutzerhohung der Personalausweiszifferkontrolle durch den sog. „Regionencheck“ (s. Erlauerungen in der Urteilsbegründung) erteilt das KG unter Hinweis auf die verbleibenden Umgehungsmöglichkeiten im persönlichen Nahbereich des minderjahren Nutzers (Entwenden des Personalausweises der Eltern) ebenfalls eine Absage. Insoweit kann ergänzend darauf hingewiesen werden, dass Behordenkennziffern auch außerhalb des persönlichen Umfelds des Minderjahren, namentlich im Internet problemlos zu finden sind und daher auch Personalausweisziffern generiert werden können, welche die erweiterte

Kontrollabfrage ohne weiteres überwinden. Gleiches gilt i.. auch für eine etwaig zusätzlich verlangte Abfrage einer Bankverbindung (vgl. zum Ganzen Dring/Günter, MMR 2004, 231, 233). Diesbezüglich kann dem Gericht auch insoweit vollumfänglich zugestimmt werden, als im Allgemeinen auf der Personalausweisnummer gestützte AVS - unabhängig von ihrer technischen Ausstattung im Einzelnen - „an einem grundsätzlichen Mangel leiden“, sodass derartige Systeme auch bei flankierenden zusätzlichen Zugangshürden keinesfalls den Anforderungen an § 4 Abs. 2 Satz 2 JMStV, namentlich die „Sicherstellung“ des ausschließlichen Erwachsenenzugangs gerecht werden können.

Bei welchen Sicherungsmaßnahmen dies der Fall ist, lässt das KG letztlich offen. Es verweist aber zutreffend auf das bereits durch das BVerwG (NJW 2002, 2966, 2968) zum Pay-TV und durch den BGH (MMR 2003, 582 ff. m. Anm. Liesching) zur Automatenvideothek festgestellte Erfordernis einer erheblichen „effektiven Barriere“, welches sich etwa in dem persönlichen Kontakt mit dem Kunden (Face-to-Face-Kontrolle) sowie der Verhinderung der einfachen Weitergabe von Zugangsdaten manifestiert. Gerade hierin zeigt sich, dass die lediglich anonyme Eingabe einer Personalausweisnummer durch den Nutzer schon deshalb auch bei weiteren kumulierenden Sicherungsmaßnahmen nicht ausreichen kann, da bereits der Malus der fehlenden Kontrolle durch persönlichen Kontakt nicht kompensiert werden kann. Die zuweilen von den Anbietern von „Persocheck“-Systemen geuberte Auffassung, eine hinreichende Face-to-Face-Kontrolle finde doch bereits bei Ausgabe des Personalausweises durch die Meldemter statt, verfängt ganz evident schon deshalb nicht, weil die Identifikation des Nutzers selbstredend von Seiten des Pornoanbieters veranlasst und zu dem Zeitpunkt erfolgen muss, in dem er den Zugang zu einem pornografischen Angebot begehrt. I.. hat ein persönlicher Kontakt bei selbst generierten, mithin frei erfundenen Personalausweisnummern nicht einmal in der Ausgabebehrde stattgefunden; entwendet der Minderjährig den Personalausweis eines Elternteils, kann ebenfalls ganz offensichtlich nicht von Bedeutung sein, dass namentlich nur der eigentliche Personalausweisinhaber und gerade nicht die die Perso-Nummer nutzende minderjahrigere Person einmal einer Mitarbeiterin oder einem Mitarbeiter der die Personalausweise ausgebenden Amtsstelle gegenübergestanden hatte. Dem Normziel des § 4 Abs. 2 Satz 2 JMStV, Möglichkeiten missbräuchlichen Zugangs minderjahrigere Nutzer auszuschließen, wird i.R.d. Identifikation des Nutzers nur eine vom Anbieter pornografischer Internetangebote veranlasste Alterskontrolle durch persönlichen Kontakt (etwa im Wege des Postident-Verfahrens) in dem Zeitpunkt gerecht, in welchem der Nutzer Zugang zu den angebotenen Pornografieinhalten begehrt.

Insgesamt deckt sich damit die Auffassung des KG hinsichtlich der Anforderungen an Alterskontrollsysteme nach § 4 Abs. 2 Satz 2 JMStV wohl mit der von der Kommission für Jugendmedienschutz (KJM, vgl. § 14 JMSV) in Pressemitteilungen geuberten. Die KJM hat namentlich bislang offiziell vorwiegend solche Systeme toleriert, welche eine Face-to-Face-Kontrolle bei der Vergabe von Zugangsdaten implementieren und eine Weitergabe oder ein „Kursieren“ dieser Daten im Internet insb. durch Hardwarekomponenten (USB-Stecker, Handy-Telefonkarte) verhindern. Das Urteil dürfte die Kommission ebenso wie Strafverfolgungsbehörden darin bestärken, künftig konsequenter gegen Internetanbieter von Pornografie vorzugehen, welche sich lediglich eines auf Personalausweisnummerprfung - ungeachtet vermeintlicher zusätzlicher Zugangshürden - basierenden Alterskontrollsystems zur Verhinderung des Zugangs durch minderjahrigere Personen bedienen.

RA Dr. Marc Liesching, München.